

## KOMMENTARE

## VOLKSWAGEN-KRISE

## Unbequeme Perspektive

VON MAIK NOLTE



Das ist sie wieder, die Zahl, die geradezu zwangsläufig genannt wird, wenn es um Stellenabbau bei VW geht. 30.000 Jobs stehen mittelfristig zur Disposition, raunt es laut „Manager Magazin“ aus der Wolfsburger Vorstandsetage. Dieselbe Zahl hatte schon Ex-VW-Chef Herbert Diess vor wenigen Jahren ins Spiel gebracht. Und dieselbe Zahl stand auch schon in den 90ern im Raum, als der Konzern rote Zahlen schrieb.

Nun sind wieder Krisenzeiten bei VW angebrochen, kein Wunder also, dass die Zahl – die der Betriebsrat als „Schwachsinn“ bezeichnet – erneut auf dem Tisch liegt. Und sollte sie tatsächlich aus der Konzernspitze lanciert worden sein, dann sicher nicht zufällig wenige Tage vor Beginn der neuen Tarifrunde. Zwischen VW und IG Metall geht es ab kommenden Mittwoch ums Eingemachte: Wo sollen die Milliarden herkommen, die der Vorstand einsparen will, um den angeschlagenen Konzern wieder in die Spur zu bekommen?

Früher oder später wird es aber auch um die langfristige Zukunft gehen – und in der wird VW im Zuge der Umstellung auf eine reine Elektroauto-Produktion wohl tatsächlich mit deutlich weniger Mitarbeitern auskommen als heute. Eine unbequeme Perspektive, dazu eine, die nicht nur VW, sondern alle Autobauer betrifft. Auch darüber wird beim Autogipfel im Wirtschaftsministerium am Montag zu reden sein.

Den Autor erreichen Sie unter [mantel@zgo.de](mailto:mantel@zgo.de)

## BRANDENBURG-WAHL

## Bürger sind mit der Ampel durch

VON MICHAEL CLASEN



Bereits die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen waren für die Ampel ein Desaster. In Brandenburg droht das nächste. Grüne und FDP müssen die Fünf-Prozent-Hürde fürchten. Und die Kanzler-Partei SPD? Sie könnte in ihrer Hochburg als stärkste Kraft von der AfD verdrängt werden. Überraschend ist das nicht. Selten wurde Deutschland so schlecht regiert wie heute. Die Wahrheit ist: Viele Bürger sind mit der Ampel durch.

Das Erstarken der AfD liegt auch nicht daran, dass sich die Zahl der Neonazis plötzlich vervielfacht hätte. Nein, es ist vor allem Protest, der zum Ausdruck kommt. Das zeigt auch der direkte Umfragevergleich zwischen SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke und dem AfD-Spitzenkandidaten, der ein erwiesener Rechtsextremer ist. Da liegt Woidke ganz klar vorne. Selbst die Mehrheit der AfD-Anhänger wollen laut Umfrage ihren eigenen Mann nicht als Landesvater sehen. Sollte die SPD in Brandenburg mit einem blauen Auge davonkommen, dann ist das Woidkes Beliebtheit zu verdanken.

Im Umkehrschluss heißt das: Wenn eine vernünftige Politik für Deutschland gemacht werden würde, dürfte die AfD auf die Zehn-Prozent-Marke zurückgedrängt werden. Die Ampel tut dem Land nicht gut, keine Frage. Leider dürfte sie weitermachen bis zur Wahl 2025. Wird aber so die Politikverdrossenheit gesenkt? Nein. Da können sich AfD und BSW die Hände reiben.

Den Autor erreichen Sie unter [mantel@zgo.de](mailto:mantel@zgo.de)

## IMMOBILIENPREISE

## Gute Nachricht für Hausbesitzer

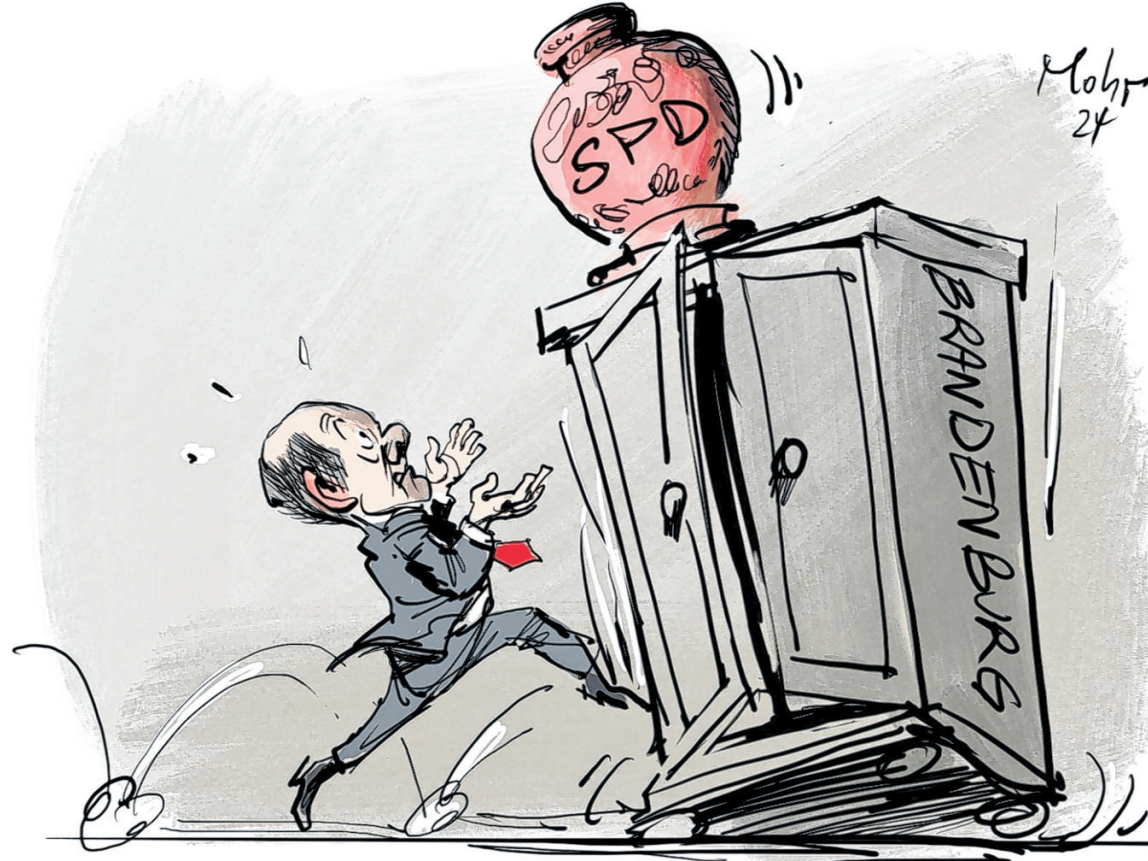
VON MISCHA EHRHARDT



Nach Rückgängen stabilisieren sich die Immobilienpreise wieder. Das dürfte vor allem an der von der EZB vollzogenen Zinswende liegen. Denn auf die beiden Zinssenkungen seit Juni haben Kreditzinsen allgemein, vor allem aber auch Bauzinsen reagiert. Das macht die Finanzierung des Traums der eigenen vier Wände leichter. Und das wiederum steigert die Nachfrage.

Deswegen sind zum ersten Mal seit zwei Jahren von einem Quartal zum nächsten die Immobilienpreise wieder leicht gestiegen. Das ist eine potenziell gute Nachricht für Immobilienbesitzer und Investoren in Bauprojekte. Für Immobiliensuchende bedeutet das, dass die Bedingungen zum Kauf einer Immobilie nicht die schlechtesten sind. Selbst mit den leichten Preissteigerungen im Quartalsvergleich in diesem Jahr liegen die Preise noch deutlich unter dem Niveau des Vorjahres.

Mit weiteren Zinssenkungen, die möglicherweise in diesem, spätestens aber Anfang kommenden Jahres kommen werden, dürfte der Preisrückgang gestoppt sein. Längeres Warten lohnt aller Voraussicht nach also nicht mehr. Dabei gilt aber: Der Durchschnitt der Preise sagt wenig darüber aus, was jeweils vor Ort gilt. Stadt und Land, Metropolen und strukturschwächere Regionen sind kaum vergleichbar. Doch die Verhandlungsposition für Kaufinteressenten sind nach wie vor gut.

Den Autor erreichen Sie unter [mantel@zgo.de](mailto:mantel@zgo.de)

Kanzlers Sorge

KARIKATUR: BURKHARD MOHR

## Die Krise der Demokratie

GASTBEITRAG Nicht nur im Osten ist die AfD auf dem Vormarsch

VON ULRIKE BERTUS

Die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen haben es wieder einmal bewusst gemacht: Durch Deutschland verläuft eine unsichtbare Grenze. Eine Grenze, an der in der öffentlichen Wahrnehmung östlich rechts gewählt wird, wo Extremismus und Populismus einfaches Spiel haben, und an der westlich davon demokratisch und sozial, ja: weltoffen, gewählt wird. Aber ist es wirklich so?

Als 1989 die Mauer fiel, entstand eine neue Bundesrepublik: Eine Republik, die seitdem aus Westdeutschland und Ostdeutschland besteht, nicht etwa aus 15 Bundesländern – und wenn diese Bundesrepublik doch einmal aus Bundesländern besteht, dann gibt es die „Ost-Bundesländer“ und die restlichen „alten Bundesländer“.

Auch 35 Jahre nach der Transformation sind das gängige Begriffe, die die Diskurse über das Erstarken der Rechten und besonders der AfD in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern erklären sollen. „Der Osten ist eben anders“, „Der Ostdeutsche will seine Diktatur zurück“, „Der Ostdeutsche ist anfällig für Faschismus“. Eine Erklärung, die die „alten Bundesländer“ aus der Pflicht nimmt und gleichzeitig suggeriert, dass es das Problem von Faschismus und Menschenhass im Westen nicht gibt.

Es ist die Generation meiner Schwiegereltern, der der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) „blühende Landschaften“ versprach. Wohlstand, die Möglichkeit, sich durch Leistung ein gutes, ein freies Leben aufzubauen. Dass dieses Versprechen schon für den Westen nicht mehr galt, trat in den Hintergrund. Die alten Bundesländer kämpften: Neben der steigenden und immer mehr wahrnehmbaren Umweltverschmutzung stiegen auch seit Beginn der 1980er Jahre die Arbeitslosenzahlen stark an – ein Indiz dafür, dass der Wohlstand der späten 1970er Jahre nur eine schöne Erinnerung war.

Aber die Enttäuschung der 1990er Jahre, die traumatisierenden Erfahrungen von Treuhand und Jobverlust heute dafür verantwortlich machen, dass die Rechte in den östlichen

Bundesländern stärkste Kraft in einem Landtag wird? Nein, das ist zu einfach.

Sicherlich: Die Krisenerfahrung der 1990er ist ein Grund, das ist unbestritten. Doch in den vergangenen Jahren gab es auch gemeinsame – gesamtdeutsche – Krisenerfahrungen: Corona, den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Es gibt also einen anderen Grund für die Wahlergebnisse der AfD.

Juliane Nagel, die für die Linke eines von zwei Direktmandaten in Sachsen holte, sieht den Grund dafür in einer „schleichenden Verrohung“. Und diese schleichende Verrohung in Diskussionen und im Umgang miteinander ist kein Problem der ostdeutschen Bundesländer. Sie ist nicht einmal nur ein deutsches Problem – sie ist ein Problem der Länder, die sich zur „westlichen“ Welt zählen. Das zeigt sich an den Wahlerfolgen der Rechten in anderen Ländern und der langsamen Zersetzung der Demokratie.

Anfang des Jahres berichtete eine Kollegin aus Pirna, wo es seit einigen Monaten den ersten AfD-Oberbürgermeister gibt, dass sie keine Veranstaltungen planen müsse, wo der Begriff „Demokratie“ vorkäme. „Da kommt keiner“, sagte sie und meinte damit nicht nur die Rechten, die mit Demokratie bekannterweise hadern, auch liberal oder progressiv Wählende würden nicht mehr kommen. Ein anderer Kollege sagte: „Der Begriff der Demokratie ist komplett verbrannt.“

## Wie konnte es so weit kommen?

Demokratie ist ein Begriff geworden, der von Akteuren aus allen politischen Bereichen befüllt wird. Dabei ist jedoch die Definition dessen, was Demokratie ist, nicht genauer geworden. Demokratie ist zu einem konturlosen Begriff verkommen; ein Wort, das alles und nichts sagt. Das ist die wahre Krise der Demokratie. Dabei ist Demokratie die einzige Regierungsform, die lernt und sich weiterentwickelt. Demokratie ist etwas, das von verschiedenen Meinungen und Ansichten lebt.

Der liberale BWL-Student gehört genauso zu einer demokratischen Gesellschaft, wie der Nachbar,

## Zur Person



Ulrike Bertus

FOTO: WINKLER

Ulrike Bertus ist in Westoverledingen aufgewachsen und hat in Leer ihr Abitur gemacht. Nach dem Studium hat sie bei der Zeitungsgruppe Ostfriesland volontiert und als Redakteurin gearbeitet. 2011 ging sie nach Leipzig und arbeitet dort im Haus der Demokratie als Projektverantwortliche im Bereich Politische Bildung.

der mehr Geld für die Bundeswehr fordert und die Frau vom Blumenladen, die das bedingungslose Grundeinkommen will.

## Aus Diskussionen entsteht Demokratie

Das ist etwas Gutes. Aus Diskussion und Diskurs entsteht Demokratie erst.

Nun mag der ein oder andere in den westlichen Bundesländern sagen: „Genau das hat man in Ostdeutschland ja nicht gelernt, das war eine Diktatur.“ Und ja, es ist ein kleiner Teil der Wahrheit. Ein anderer Teil der Wahrheit ist aber auch, dass es den „undemokratischen Ossi“ nur gibt, weil sich der Westen als „demokratischer Westdeutscher“ produziert. Der Ostdeutsche ist der Antiheld zum Wessi, der „schon immer“ demokratisch war. Die Trennung von Ost und West gibt es, weil eine Scheu, eine Angst davor besteht, Verantwortung für den Rechtsruck in der Gesellschaft zu übernehmen.

Dabei würden auch in Niedersachsen bei der nächsten Wahl rund 21 Prozent die AfD wählen. In Hessen und Nordrhein-Westfalen gibt es seit Jahren Probleme mit rassistischen „Einzelfällen“ innerhalb der Polizei – von den rassistischen Äußerungen eines Hubert Aiwanger (Freie Wähler), immerhin stellvertretender bayerischer Ministerpräsident, ganz zu schweigen.

Der Blick der westlichen Bundesländer auf „den Osten“ ist von oben herab: Der Jammer-Ossi sei nie zufrieden, die verschiedenen Dialekte klingen alle dümmlich und ohnehin sei ja jeder bei der Stasi gewesen. Das sind Narrative, die auch 35 Jahre nach dem Mauerfall noch präsent sind. Daraus folgt ein gefährliches Unterlegenheitsgefühl, das in den östlichen Bundesländern zu beobachten ist und das nicht verschwindet, wenn das Bild der Ostdeutschen immer noch durch „Go Trabi Go“ und die scheinbar völlig lebensuntüchtige Figur Udo Struutz geprägt wird. Das muss ein Ende haben.

Es ist gefährlich, sich zurückzulehnen und das Problem von Menschenhass in Richtung Osten zu verschieben. Der Ruf nach einem starken Führer, geschlossenen Grenzen und die Angst vor einer Gesellschaft, die vielfältig und offen ist, hören nicht an der Grenze von Sachsen zu Bayern oder Sachsen-Anhalt zu Thüringen auf.

Der Kampf gegen rechts ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, die aus der Gesellschaft herauskommen und vor Ort stattfinden muss.

Die Krisenerfahrungen der Menschen überall müssen ernst genommen werden. Das Gefühl, nicht gehört zu sein, entsteht rasend schnell. Die Krise der Automobilbranche mit dem drohenden Verlust Tausender Arbeitsplätze wird nicht nur das sächsische Zwickau und Chemnitz treffen, sondern auch Emden und für genau dieses Gefühl des Verlassenseins sorgen. Ebenso ist es mit der Angst vor einer weiteren Eskalation des Krieges in der Ukraine – die Angst davor beschränkt sich nicht auf Torgau oder Bad Berka, es gibt sie ebenso in Bingham und Backemoor. Und wo Angst da ist, haben Rechtspopulisten leichtes Spiel.

Es wäre ein starker Moment für die Zivilgesellschaft, sich dies bewusst zu machen. Dass die Herausforderungen, vor denen wir stehen, alle betreffen und dass eine starke AfD überall möglich ist. Nicht nur im Osten. Nicht nur im Westen. Überall.

Dieser Beitrag ist ein Gastbeitrag von Ulrike Bertus. Gastbeiträge geben die Meinung ihrer Autorinnen und Autoren wieder.

## FÜR DIE EHRE



VON MANUEL GOLDENSTEIN

## Kinder zum Mitmachen motivieren

Der Nachwuchs ist in vielen Vereinen und Organisationen ein Problem. Nicht weil sie Blödsinn machen, nein, weil er fehlt. In den freiwilligen Feuerwehren setzen die Verantwortlichen seit einigen Jahren verstärkt auf Kinderfeuerwehren, denn wenn man Mitglied der Jugendfeuerwehr sein möchte, muss man bereits zehn Jahre alt sein.

Die Mitgliedschaft in einer Kinderfeuerwehr ist hingegen bereits mit sechs Jahren möglich. Es wird spielerisch den Kindern ein bisschen etwas beigebracht, was sie im alltäglichen Leben nutzen können, um anderen Menschen und der Natur zu helfen. Zudem gibt es ein buntes Animationsprogramm.

Diese – oft aufwendige – Arbeit der Kinderfeuerwehrwartinnen und -warte sowie der Betreuer ist mehr als lobenswert. Ein Beispiel, welches sicherlich in vielen Bereichen der Ehrenämter genutzt werden kann, ohne uns dabei den Nachwuchs zu klauen.

Es fällt jedoch auf, dass Kinder immer mehr elektronische Medien bevorzugen. Eltern höre ich manchmal sagen, dass für Kinder mehr getan werden muss, besonders an Tagen wie dem nun vergangenen Weltkindertag am Freitag. Ich appelliere aber an die Eltern, zunächst selbst aktiv zu werden und die Kinder von den elektronischen Geräten in das wahre Leben zu schubsen.

Die aktive Beschäftigung in Vereinen und Organisationen liegt in den ersten Jahren in der Verantwortung der Eltern. Die Organisationen haben in der Regel bereits alles vorbereitet. Im späteren Leben werden sich die Folgen der Aktivitäten durch höhere Sozialkompetenzen und erweitertes Wissen abbilden. Wenn es die Eltern vorleben, wird der Drang zur Freiwilligkeit sogar noch rascher vorhanden sein.

Und Kinder müssen nicht immer im Radius der Eltern sein. Lasst sie selbstständiger werden und überlasst sie geschulten Leuten der Kinder- und Jugendarbeit für ein paar Stunden. „Ich bin ganz traurig, wenn du nicht bei mir bist“ ist die falsche Motivation zum Herausstreuen aus dem Kinderzimmer. Motiviere dein Kind, sich an der Gesellschaft zu beteiligen.

**Manuel Goldenstein** (44), geboren in Aurich und aufgewachsen in Südbrookmerland, arbeitet als Pfleger im Klinikum Emden. Vor allem aber ist er leidenschaftlicher Feuerwehrmann.

Kontakt: [kolumne@zgo.de](mailto:kolumne@zgo.de)